

Tagung „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ als Herausforderung

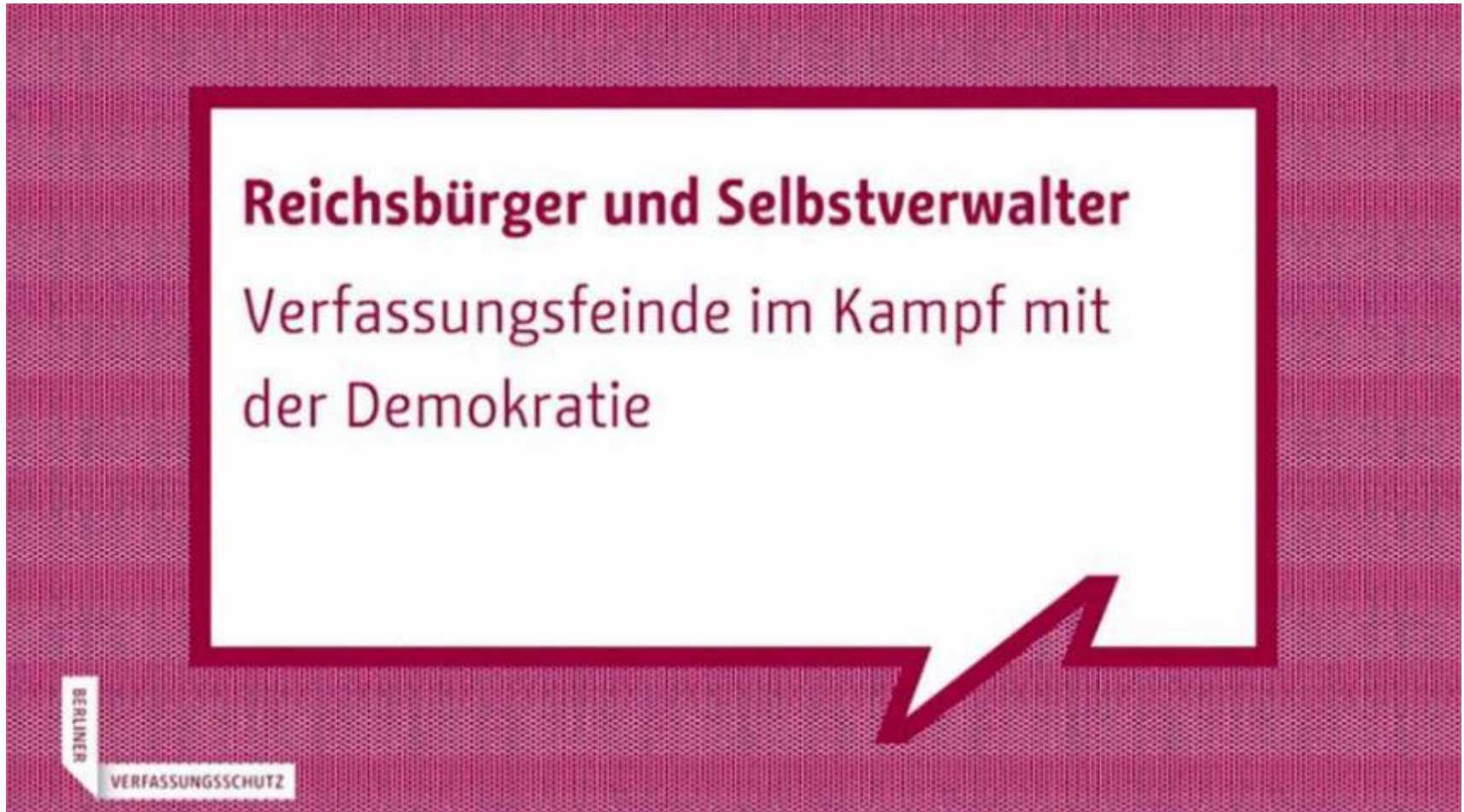
Eine Kooperationsveranstaltung der Berliner Landeszentrale
für politische Bildung und des Berliner Verfassungsschutzes

Berlin, 28. November 2017

BERLINER

VERFASSUNGSSCHUTZ

Kurzfilm



abrufbar auf www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/filme/artikel.597554.php

Definition

Sogenannte „Reichsbürger/Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, **die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen**, unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht

- die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen,
- den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder
- sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren

und deshalb in aller Regel die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen.

Reichsbürger

**Illegitimität der
Bundesrepublik**

**Fortbestand des Deutschen
Reiches**

**Teilweise NS-
verherrlichende und
antisemitische Positionen**

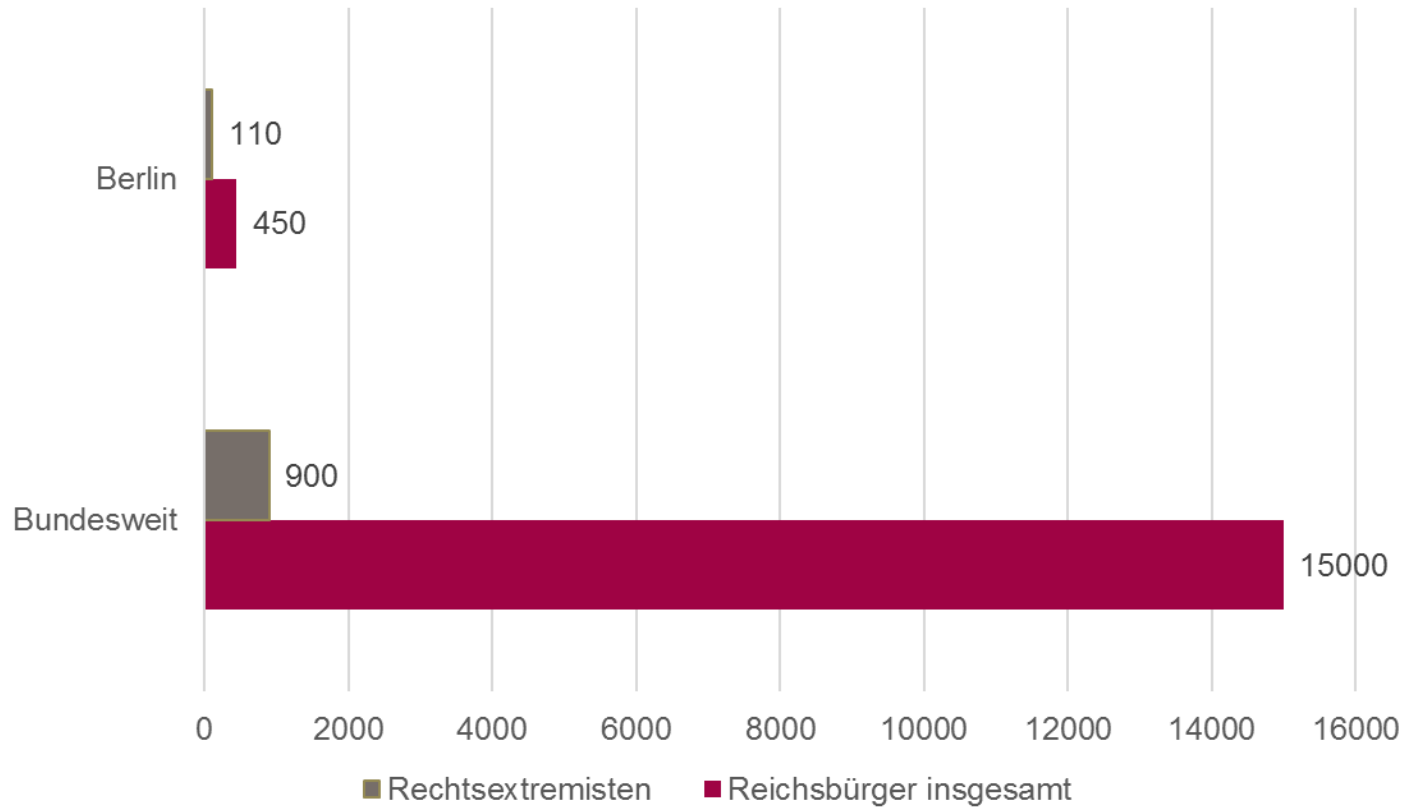
Selbstverwalter

**Erklärung des Austritts aus
der Bundesrepublik**

**Behauptung der Nicht-
Existenz der BRD**

**Gründung eigener Fantasie-
Reiche**

Personenpotenzial (Stand: 30.9.2017)



Rechtsextremisten

Querulanten

Geschichtsrevisionisten

Esoteriker

Spinner

Politikverdrossene

Verschwörungstheoretiker

psychisch Erkrankte



Wie „argumentieren“ „Reichsbürger und Selbstverwalter“?

„Argument“	Realität
<p>„Mangels eines wirksamen Friedensvertrages mit den Kriegsparteien des II. Weltkrieges befindet sich Deutschland nach wie vor im Kriegszustand.“</p>	<p>Aufgrund des ‚Zwei + Vier - Vertrages‘ ist kein Friedensvertrag erforderlich.</p>
<p>„Das Grundgesetz hat mit der Wiedervereinigung 1990 seine Gültigkeit verloren (Art. 146 GG); alle staatlichen Institutionen sind illegitim.“</p>	<p>Durch Anpassung der Art. 23 und 146 GG ist das Grundgesetz die Verfassung des wiedervereinten Deutschlands.</p>
<p>Urteil des BVerfG von 1973: <i>„Das Grundgesetz [...] geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt [...] untergegangen ist. [...] Die Bundesrepublik ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches [...].“</i></p>	<p>Zitat unvollständig! <i>„Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“</i></p>

„Argument“	Realität
<p>UN-Resolution A/RES/56/83 <i>„Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern.“</i></p>	<p>In Deutschland sind die staatlichen Stellen weder abwesend noch ausgefallen. Die Resolution meint nicht den rechtlichen sondern <u>faktischen</u> Ausfall der Staatsgewalt. Die Resolution ist kein beschlossenes und bindendes Völkervertragsrecht, sondern lediglich der Vorschlag einer Arbeitsgruppe der UN.</p>
<p>„Die neuen Bundesländer und ihre Kommunen sind mangels Gründungsurkunde(n) nicht wirksam entstanden.“</p>	<p>Das Ländereinführungsgesetz wurde am 22. Juli 1990 von der DDR-Volkskammer beschlossen. Auch die Einführung / Gründung von Kommunen basiert auf gesetzlichen Grundlagen. Gründungsurkunden sind hierfür nicht erforderlich.</p>

Was tun Reichsbürger und Selbstverwalter?

- **Vielschreiberei (pro- und reaktiv)**
- **Bedrohungen, Einschüchterungen, Strafanzeigen**
- **Erstellen von Fantasieausweisen und -dokumenten**
- **Geltendmachung von Forderungen („Malta-Masche“)**
- **hohe Waffenaffinität**

Aktive Reichsbürger-Gruppierungen in Berlin

„staatenlos.info“

- aktive Gruppierung; Dauerpräsenz vor dem Deutschen Bundestag
- sieht sich im „antifaschistischen Kampf“ gegen eine Fortsetzung der angeblich weiterbestehenden NS-Diktatur
- Nähe zu Russland / enge Zusammenarbeit mit der Nationalen Befreiungsbewegung (Russland)
- „Alle am 8. Mai 2017 nach Berlin zum Reichstag! Raus aus der Diktatur!“ (ca. 20 Teilnehmer)
- 9. Mai 2017: Teilnahme an Siegesfeier der „Nachtwölfe“ (Treptower Park)



Aufruf an die alliierten Mächte – insbesondere Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika!

Die Entnazifizierung ist in Deutschland nicht erfolgt.
Wir – das deutsche Volk – fordern die Entnazifizierung ein
(Artikel 139 Grundgesetz).

Wann wird Deutschland endgültig vom Faschismus und Nazismus befreit?

Warum können folgende offenkundige Tatsachen bis zum heutigen Tage nicht widerlegt werden?

1. Deutschland ist nicht souverän, okkupiert unter Besatzungsstatus.
2. Das 3. Reich von Adolf Hitler wird illegal, täuschend staatsrechtlich weitergeführt.
3. Der zweite Weltkrieg wurde daher bis heute nicht beendet (Waffenstillstandsbedingungen).
4. Der notwendige Abschluss der Friedensverträge mit über 54 Nationen wird verhindert.
5. Deutschland ist der finanzielle Motor und führender Rüstungsexporteur für die Kriege weltweit.
6. Die aktuellen Kriegsvorbereitungen bedrohen alle Völker der Welt mit der Vernichtung.
7. Deutschland wurde komplett privatisiert und entstaatlicht (siehe www.upik.de).
8. Das bundesdeutsche Staatsfragment wurde ab 1990 endgültig aufgehoben.
9. Durch einen hochverräterischen, geheimen Staatsstreich inklusive einer Urkundenfälschung im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG von 05.02.1934) wurde das gleichgeschaltete *Deutsche Volk* staatenlos gemacht (völlige Entmachtung und Entrechtung).
10. Das Projekt Europäische Union ist der Walter Hallstein Plan 4. Reich.

Die Folgen der Staatlosigkeit:

- Die internationale Weltgemeinschaft wird fortlaufend getäuscht.
- Verlust der nationalen und internationalen Legitimation der Deutschen
- Alle nationalen und internationalen Verträge sind gebrochen und unwirksam.
- Die Menschenrechte sind in Deutschland nicht strafrechtlich geschützt.
- Stillstand der Rechtspflege und Rechtsbankrott in Deutschland

Die Generallösung:

Der Schlüssel zur Befreiung von Deutschland und Europa aus der faschistischen Gleichschaltungsdiktatur ist im Grundgesetz hinterlegt.

Die deutschen Bürger sind insbesondere gemäß dem Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland (Artikel 139 GG) zur zwingend notwendigen Entnazifizierung gesetzlich verpflichtet.

Die bis zum heutigen Tage andauernden Kriegsverbrechen und Völkermorde der Faschisten müssen gesühnt werden – Tribunal Nürnberg II

Abschluss der Friedensverträge mit über 54 kriegsbeteiligten Nationen - Jalta II

Umsetzung des Verfassungsauftrages in Deutschland Artikel 146 Grundgesetz

(Reformierung der bis heute rechtsgültigen Weimarer Reichsverfassung von 1919)

WACHT AUF! Niemand kann weiter tatenlos zusehen!



Aktive Reichsbürger-Gruppierungen in Berlin

„Die Exilregierung Deutsches Reich“

- Postulierung einer „BRD-GmbH“; geschichtsrevisionistisch
- Deutschland als militärisch besetztes Gebiet der Alliierten
- Fehlen eines gültigen Friedensvertrags
- Nicht-Anerkennung von Rechtsgeschäften und Verwaltungsakten der BR Deutschland
- staatliche Vertreter werden als „Privatpersonen“ angesehen

Preisliste „Exilregierung Deutsches Reich“

RPA	Reichspersonenausweis (Personen über 16 Jahren) <i>Gebühren: 100 DM (ca. 50 Euro)</i>
RKA	Reichskinderausweis (Personen unter 16 Jahren) <i>Gebühren: 80 DM (ca. 40 Euro)</i>
RFS	Reichsführerschein <i>Gebühren: 100 DM (ca. 50 Euro)</i>
RRP	Reichsreisepass <i>Gebühren: 240 DM (ca. 120 Euro)</i>
StAA	Staatsangehörigkeitsausweis <i>Gebühren: 100 DM (ca. 50 Euro)</i>
EBA	Einbürgerungsantrag <i>Gebühren: kostenfrei</i>

Aktive Reichsbürger-Gruppierungen in Berlin

„Geeinte deutsche Völker und Stämme“

- streben eine Reaktivierung deutscher Gebiete an und beanspruchen diese für sich
- Schreiben an staatliche Institutionen, in denen deren Legitimation in Abrede gestellt wird
- 19.10.2017: beabsichtigte „Übernahme“ des Rathauses Zehlendorf

Aktive Reichsbürger-Gruppierungen in Berlin

„Geeinte deutsche Völker und Stämme“

- „Wir sind eine friedliche Einheit und kämpfen für das große Wir – für uns Deutsche.“
- „Die Juden machen sich ihre Hände nicht schmutzig, die nehmen sich immer welche, die für sie die Drecksarbeit machen.“
- „Wenn wir das [Rathaus Zehlendorf] haben, kriegen wir alle.“

Quelle: Tagesspiegel vom 24.10.2017

Handlungsempfehlungen

- Inhaltliche Diskussionen vermeiden
- Einlassungen unterbrechen und aktuellen Handlungsauftrag wiederholen
- Konflikten nicht ausweichen
- keine Vorzugsbehandlung geben und streng nach Dienstweg handeln
- „Konsens im Dissens“ als Dialogangebot
- Autorität zum Abbruch der Diskussion nutzen
- keine Therapie versuchen
- Literaturempfehlung u. a.: *Wilking, Dirk (Hg., 2015): Reichsbürger. Ein Handbuch. [unter Mitwirkung der LfV Brandenburg]*

Infolyer

Senatsverwaltung
für Inneres und Sport

be  Berlin

Reichsbürger und Selbstverwalter

Verfassungsfeinde
im Kampf mit der Demokratie

INFOFLYER

